Der Rote Ortenauer

Mitgliederzeitung der SPD Ortenau

Ausgabe Mai 2021 | Jahrgang 12

WIR SIND BEREIT!

Dr. Johannes Fechner, MdB

Wahlkreis 283
Lahr-Emmendingen

Derya Türk-Nachbaur

Wahlkreis 286
Schwarzwald-Baar

Matthias Katsch

Wahlkreis 284
Offenburg

Und hier geht's zu unserem

Zukunftsprogramm

Bundestagswahl 2021

Die Landesliste der SPD Baden-Württemberg

Bei unserer digitalen Landesvertreter*innenversammlung am 8. Mai 2021 wurde folgende Landesliste zur Bundestagswahl 2021 vorgeschlagen. Die Liste muss noch durch Briefwahl bestätigt werden.

Detaillierte Informationen zu unseren Kandidierenden für die Bundestagswahl finden Sie hier.

1 Saskia Esken MdB

2 Dr. Nils Schmid MdB

3 Rita Schwarzelühr-Sutter MdB

4 Dr. Martin Rosemann MdB

5 Katja Mast MdB

6 Dr. Johannes Fechner MdB

7 Leni Breymaier MdB

8 Martin Gerster MdB

9 Jasmina Hostert

10 Dr. Lars Castellucci MdB

11 Gabriele Katzmarek MdB

12 Parsa Marvi

13 Heike Baehrens MdB

14 Macit Karaahmetoglu

15 Dr. Lina Seitzl

16 Robin Mesarosch

17 Isabel Cademartori

18 Josip Juratovic MdB

19 Derya Türk-Nachbaur

20 Kevin Leiser

21 Heike Engelhardt

22 Takis Mehmet Ali

23 Lucia Schanbacher

24 Leon Hahn

25 Nezaket Yildirim

26 Thomas Utz

27 Elisabeth Krämer

28 Mirko Witkowski

29 Anja Lotz

30 Dejan Perc

31 Argyri Paraschaki

32 Matthias Katsch

33 Julia Söhne

34 Patrick Diebold

35 Dr. Ulrich Bausch

36 Tim-Luka Schwab

In dieser Ausgabe

Seite 2: Die Landesliste der SPD Baden-Württemberg
Seite 3: Ein kurzer Blick in die Zukunft
Seite 4: Punktgenaues SPD-Programm 2021
Seite 5: Aufarbeitung der Kampagne
Seite 6: Analyse der Wahlergebnisse
Seite 7: Haben wir die richtige Wahlkampfstrategie?
Seite 8: Zerstörte SPD-Wahlplakate
Seite 9: Tonleiter der Nichtwähler
Seite 10: Mißbrauchte Querdenker
Seite 11: Thomas Seitz und sein Demokratie-Verständnis
Seite 12: Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Seite 13: Zukunftsmission: Klimaneutrales Deutschland
Seite 14: Peter Griebl: Ein Pionier der Energiewende
Seite 15: Peter Griebl: Ein Pionier der Energiewende
Seite 16: Neue Windräder im dunklen Wald
Seite 17: „Quotenfrauen sind Pionierinnen“
Seite 18: Das Forum Eine Welt der SPD Baden-Württemberg
Seite 19: 1. Mai-Kundgebung in Offenburg
Seite 20: Aus den Ortsvereinen, Bildnachweise, Impressum

Ein kurzer Blick in die Zukunft:

Spätestens 2050 werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft und Sonne sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte beziehen Solarstrom und klimafreundliches Unternehmertum wird finanziell belohnt. Wir sehen in dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze. Deutschland ist erfolgreich als Exporteur umweltfreundlicher Technologien, weil es gelungen ist, Produktionsprozesse nachhaltig und die 20er zu einem Jahrzehnt der erneuerbaren Energien zu machen.

(Aus dem Zukunftsprogramm 2021, Seite 4)

Punktgenaues SPD-Programm 2021

Von Gerd Zimmermann

Jeder Green Deal muss auch ein Social Deal sein und Menschen helfen.

Das SPD-Programm 2021 lautet auf den Punkt gebracht. „Jeder Green Deal muss auch ein Social Deal sein, jeder Social Deal muss Menschen helfen, nützen, Chancen verbessern“. Vorbei die Zeit, in der zu hören war. „Für was steht die SPD eigentlich?“ Neu gerüstet und aufgestellt, mit dem Pragmatiker und Politerfahrenen Olaf Scholz an der Spitze, gehen die Sozialdemokraten ins Rennen: in die Bundestagswahl am 26. September 2021.

Nachfolgend die zusammengefassten Programmpunkte. Weitere Informationen hierzu sowie zur Zukunft, wie das Erbe in den Bereichen Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur an die nachfolgenden Generationen ausfallen soll, gibt es auf der SPD-Homepage unter SPD.DE/Programm.
Für Deutschland. Für Dich.

Umwelt – Das wollen wir!

Straßenverkehr: Bessere Förderung der Elektro- und Wasserstoffmobilität.
Nahverkehr: Durch Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs die Attraktivität von Bus und Bahn erhöhen.
Energiewandel: Umfangreichere Förderung der erneuerbaren Energien. Raus aus der klimaschädlichen Kohle.
Klimaschutz: Klare, verbindliche Rahmenbedingungen und Orientierungen für den Stopp des menschengemachten Klimawandels und für den nachhaltigen Klimaschutz.

Wohnen – Das wollen wir!

Miete: Schutz vor Mietwucher.
Mietsteigerung: Begrenzung bei Mietsteigerungen nach Modernisierungen.
Wohnungen: Mehr bezahlbare Wohnungen. Bis zu 1,5 Millionen zusätzliche Wohnungen.
Neubau: Bezahlbares Bauland.

Familie – Das wollen wir!

Kinder: Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Höherer Kinderzuschlag. Kinderrechte im Grundgesetz verankern.
Eltern: Wer für die Familie beruflich kürzertritt, kann später auf die alte Arbeitszeit zurückkehren. Insgesamt mehr Freiraum für Familien.
Haushaltskasse: Geringere oder keine Kitagebühren. Keinen Soli für Familien mit kleinen oder normalen Einkommen. Geringere Krankenkassenbeiträge. Mehr Kindergeld.

Pflege – Das wollen wir!

Unterhalt: Keine Unterhaltszahlung für pflegebedürftige Angehörige bei kleinen oder normalen Einkommen beziehungsweise bei kleinem oder normalem Vermögen.
Entlastung: Finanzielle Hilfen bei Jahreseinkommen unter 100.000 Euro.
Unterstützung: Personelle Hilfen bei Urlaub, Terminen, eigener Krankheit.

Steuer – Das wollen wir!

Vermögenssteuer: Umverteilung von Vermögen durch Einführung der Vermögenssteuer. Ein Prozent Vermögenssteuer bringt dem Staat rund zehn Milliarden Euro Steuereinnahmen.
Steuergerechtigkeit: Steuererleichterungen bei kleinen oder normalen Einkommen.
Soziale Gerechtigkeit: Investitionen in soziale Gerechtigkeit. Gleichstellung der Geschlechter. Bessere Chancen in allen Lebensbereichen.

Ausbildung – Das wollen wir!

Berufsschule: Nicht mehr zurück in den Betrieb am Berufsschultag, sondern Freistellung. Auch während Blockunterrichtswochen Freistellung vom Betrieb
Prüfung: Freistellung vom Betrieb am Tag vor einer Prüfung, um sich auf die Prüfung durch mehr Lernzeit besser vorbereiten zu können.
Prüfungskräfte: Kein Mangel an Prüferinnen und Prüfern. Prüfungskräfte haben Anspruch auf Freistellung.
Lernmittel: Keine Kosten für betriebliche Lernmittel oder Fachbücher. Der Arbeitgeber übernimmt die Kosten.

Aufarbeitung der Kampagne und des Wahlergebnisses

Landes- und Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch: **„Wir sind keine Partei im Wartestand, sondern konzentrieren uns jetzt auf die Arbeit im Landtag und für die Menschen in Baden-Württemberg."**

Der Landesvorstand hat bei seiner Sitzung am 15.03.2021 auf Vorschlag von Andreas Stoch und Sascha Binder beschlossen, die Landtagswahlkampagne und das Wahlergebnis aufzuarbeiten. Als Diskussionsgrundlage soll ein „unverblümter Blick von außen auf die Kampagne, Organisation, Inhalte, Strategie und Kommunikation" dienen. Der Landesvorstand wird in seiner Sitzung vor der Sommerpause dazu die Ergebnisse beraten. Wir werden euch über den Fortgang und die Ergebnisse auf dem Laufenden halten.

Foto: Neu gewählte und bisherige Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

ACHTUNG: NEU!

Der Roter Ortenauer

Jetzt auch als Online-Magazin unter

www.roter-ortenauer.de

AKTUELLE TERMINE

Zu finden unter:

www.spd-ortenau.de

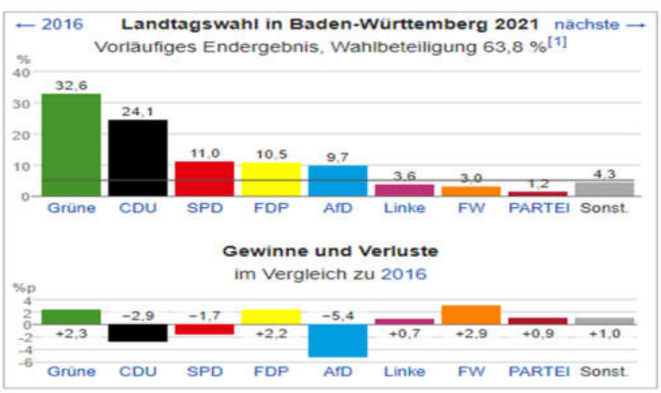
Analyse der Wahlergebnisse

Von Petra Mayer-Kletzin

Bevor ich meine eigenen Gedanken zu Papier bringe, hier ein paar Zahlen und Fakten zur letzten Landtagswahl. Dabei schaue ich mir die Wahlbeteiligung speziell für die Wahlkreise unserer Kandidaten Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Frank Meier und Karl-Rainer Kopf an.

Wahlkreis	Wahlbeteiligung	SPD-Ergebnis in %
Offenburg	61,4	8,6
Kehl	64,6	8,7
Lahr	66,9	10,4

Insgesamt betrug die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg 63,8% - also weniger als in 2016 (70,4%). Keiner unserer Kandidaten hat den Sprung in den Landtag geschafft. Wenn wir das Schaubild betrachten, so hat die SPD Stimmen verloren und liegt bei derzeit 11%.



Gründe hierfür?

Politikverdrossenheit, große Anzahl an Nichtwählern, kein persönlicher, sondern ein Online-Wahlkampf, der eben nicht überall ankam.

Das Ziel, die Menschen zu bewegen, zur Wahlurne zu gehen, wurde nicht erreicht. Die Liste ist lang. Und dennoch glaube ich, dass die SPD Themen gewählt hat und verkörpert, die im sozialen Gefüge unserer Gesellschaft sehr wohl eine Rolle spielen.

Wir müssen uns dringend Gedanken machen, was wir anders machen können, um besser wahrgenommen zu werden. Denn die nächste Wahl steht quasi vor der Tür - die Bundestagswahl.

Auch wenn mir persönlich das Ergebnis der Landtagswahl nicht gefällt, so muss ich eingestehen, dass ich auch keinen anderen Lösungsansatz im Moment sehe.

Der einzige Lichtblick für mich war, dass die AfD Stimmen verloren hat. Auch das ist ein Thema, das zumindest mich bewegt: Wie es sein kann, dass Nazis in Landesparlamenten und im Bundestag vertreten sind.

Für die Bundestagswahl hoffe ich, dass die Statistik stimmt und die Wahlbeteiligung höher ausfällt als bei Landtagswahlen.

Wir haben noch eine Menge zu tun. Lassen wir's liegen, bleiben wir passiv oder packen wir's an? Für mich gilt eher das Letztere.

Wahlkampfbüro in Offenburg

Ein Blick in das Wahlkampf-/Bürgerbüro unseres Bundestagskandidaten Matthias Katsch in der Philipp-Reis-Str. 7 in Offenburg.

0781 955 77 908 (AB)

Haben wir die richtige Wahlkampf-Strategie?

Ein Beitrag von Andrea Ahlemeyer-Stubbe

Als Landtagskandidatin im Wahlkreis 51 Offenburg habe ich Eindrücke und Einsichten gewonnen, warum die Leute doch lieber „Grün“ oder „Schwarz“ wählen.

Das alles habe ich jetzt sacken lassen und versucht, meine Gedanken zusammenzufassen. Insgesamt waren die meisten Leute nicht an Leistung, Inhalt, Qualität oder Verlässlichkeit interessiert.

Andrea Ahlemeyer-Stubbe

Sie wollten auch nicht wissen, was für die Zukunft geplant ist. Von Details und Lösungsansätzen fühlten sie sich nicht angesprochen. Es erschien mir alles sehr „gefühlig“ und wenig konkret.

Auffallend ist auch, dass wir immer und überall in Mithaftung genommen werden, egal wer die eigentliche Verantwortung trägt bzw. die (NICHT-) Entscheidungen getroffen hat. In der Summe sieht es für mich so aus:

Unsere Situation ist deshalb so schwierig, weil sich die Menschen - ähnlich wie bei Konsummarken (Coca-Cola, BMW etc.) - nur noch für die Emotion und nicht für den Inhalt interessieren.

Das heißt, wir müssen einen Markenwahlkampf führen und unsere Marke neu definieren. Wir müssen „Rot“ wieder mehr positiv aufladen mit Begriffen wie Liebe, Herzenswärme, Kümmern, Vorsorgen, Zupacken, gemeinsam in die Zukunft, gemeinsam den Klimawandel aufhalten.

Dieses *„nur hin zur Emotion“* passt überhaupt nicht zum Selbstverständnis der SPD. Unser Anspruch ist es ja, um die besten Lösungen zu ringen. Und so wirken wir nach außen zerstritten, uneins und zänkisch - das weckt nur negative Emotionen.

Wir kennen das alle: Niemand mag die streitbaren und zänkischen Kollegen, egal wie sehr die Firma von deren Arbeit, Ideen und Vorsorge profitiert. Karriere machen die Dampfplauderer, die ein gutes Gefühl für die Zukunft heraufbeschwören, meistens aber nicht viel für die Umsetzung tun. Bei den „Grünen“ kann man das besonders gut sehen. Deren Außenwahrnehmung im Moment ist, dass der Zank der Realos gegen die Fundis weitestgehend verschwunden ist. Die Leute lieben die vermeintliche Harmonie und können damit auch ihr Gewissen beruhigen: Ich habe ja Grün gewählt, deshalb habe ich meinen Anteil am Klimaschutz getan und kann jetzt mit gutem Gewissen weiter Auto fahren.

Das gilt auch für die „Schwarzen“: Wenn ich schwarz wähle, habe ich meinen Beitrag zu christlichem Verhalten und europäischen Grundwerten erledigt und kann weiter im Alltag nach Lust und Laune dagegen verstoßen.

Extrem sieht man es bei den „Gelben“ und den „Freien Wählern“: Wenn ich diese wähle, muss ich mich zu nichts verpflichtet fühlen, brauche mich auf nichts festzulegen und kann im Alltag in meinen alteingefahrenen Strukturen weiter machen.

Nun stellt sich die Frage:

Sollen wir diese Coca-Cola-Werbemechanik für uns einsetzen?

Dann müssen wir zwei Dinge tun:

Nach außen müssen wir mit Emotionen pur werben mit ein paar wenigen Inhalts-Streuseln.

Innerparteilich müssen wir deutlich machen, dass wir nur gemeinsam und vereint überhaupt die Chance bekommen, unsere Vorstellungen zu verwirklichen.

Ich plädiere dafür: Lasst uns die Empfänglichkeit für Emotionen nutzen, damit wir von den vielen (unentschlossenen) Wählern die Stimmen und damit den Gestaltungsspielraum bekommen, um unsere Ideen umzusetzen!

SPD Soziale Politik für Dich.

Zerstörte SPD-Wahlplakate

Die Landtagswahl ´21 hat einmal mehr gezeigt: Viele Wahlplakate erleben den eigentlichen Wahltag nicht. Sie werden übermalt, teils oder ganz zerstört. So ist es SPD-Plakaten ergangen, landesweit und somit auch in der Ortenau. Auffällig war die hohe Anzahl.

Wie hoch die Zahl der beschädigten Plakate ist, darüber hat die Landespartei nicht Buch geführt. Einig ist man sich in der Parteizentrale aber, dass es „überraschend viele waren“. Einige SPDler meinen sogar, dass gefühlsmäßig eine negative Rekordzahl erreicht wurde. Zu den meisten Beschädigungen zählten Bemalungen. So wurde etlichen Kandidaten ein „Hitlerbart“ sowie „Teufelshörner“ verpasst. Nicht selten ergänzt mit Anmerkungen wie „korrupt“ oder „Diktator“. Bei den Zerstörungen wurden Plakatteile oder das komplette Plakat abgerissen und auf den Boden geworfen.

In der Ortenau waren von dem Vandalismus alle drei Kandidaten betroffen: Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Frank Meier und Karl-Rainer Kopf. Wurden Fälle bekannt, tauschten Helfer die Plakate aus. Kopf ging einen Schritt weiter und erstattete Anzeige gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung. Das ist rechtlich möglich, doch leider selten erfolgreich. Denn die Täter sind nur schwer zu ermitteln, meist gibt es keine Zeugen. Welche Strafen greifen bei Beschädigungen von Wahlplakaten?

Der Gesetzgeber sieht je nach Schwere der Straftat eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vor. Das Malen von verfassungsfeindlichen Symbolen oder Sprüchen auf Wahlplakaten gilt als eine Strafe, die mit Freiheitsentzug geahndet wird.

In Offenburg an verschiedenen Standorten in der Innenstadt.

Tonleiter der Nichtwähler

Von Gerd Zimmermann

63,5 Prozent der Wähler haben an der Landtagswahl am 14. März 2021 teilgenommen. 2016 lag die Wahlbeteiligung noch bei 70,4 Prozent. Der deutliche Rückgang ist überraschend. Etliche Politologen haben ein Ergebnis auf dem Niveau von 2016 erwartet.

Warum haben die Experten im Vorfeld eine höhere Wahlbeteiligung gesehen? Sie führen einen ganzen Strauß von Gründen an, wobei der Hinweis auf die USA heraussticht. In den USA habe sich bei der vergangenen Präsidentenwahl, Donald Trump oder Joe Biden, einmal mehr klar gezeigt, wie entscheidend Wahlen sind. In einigen US-Staaten war ersichtlich, dass schon sehr wenig Mehrstimmen ausreichen können, um einen Wahlsieg zu bestimmen. Unverständlicherweise sorgte die turbulente, widersprüchliche und spannende US-Präsidentenwahl für keinen Push bei der Landtagswahl Baden-Württemberg.

In der Ortenau wurden fünf Gründe festgestellt, die Wähler bei der vergangenen Landtagswahl von der Wahlurne fernhielten.

Auch auf die Frage „Wer sind die Nichtwähler in Baden-Württemberg?“ gibt es etliche Antworten oder Begründungen, wie Politologen mit ihren Einschätzungen und befragte, gestandene Ortenauer zeigen. Bleiben wir in der Ortenau und übernehmen die hiesigen Aussagen. Die Nichtwähler bei der vergangenen Landtagswahl können unterteilt werden in:

Sesselfurzer: Sie sind desinteressiert, faul, phlegmatisch, ziehen den Platz im Sessel oder auf der Couch dem Gang in die Wahlkabine vor. Dennoch interessiert sie die Wahlergebnisse. Um informiert zu sein, nicht weil sie für eine bestimmte Partei sind. Sie wollen bei Bedarf kompetent mitreden können.

Protestwähler: Sie gehen aus Protest nicht zur Wahlurne. Sie meinen, ihr Fernbleiben ist Protest gegen bestehende Verhältnisse genug. Auch sie interessieren sich für die Wahlergebnisse, die selten ihren Erwartungen entsprechen. Danach kritisieren sie Wahlergebnisse sehr engagiert. Sie sagen oft: „Das habe ich doch schon vorher gewusst.“

Nichtaktive: Sie sind politisch nicht oder nur sehr mäßig interessiert. Sie meinen, Wahlen gingen sie nichts an. Die Wahlen seien für andere, die unbedingt meinen, ihre Zeit für politische Dinge opfern zu müssen. Sie sehen sich auch als viel zu klein oder unbedeutend an, um etwas verändern zu können. Wahlergebnisse interessieren sie nicht. Was genau anders sein sollte, davon haben sie keine Vorstellung.

Unzufriedene: Sie sehen ihre Anliegen von keiner der wählbaren Parteien vertreten. Sie haben klare Vorstellungen, was geändert werden muss, damit sie und auch die Gesellschaft zufrieden sind. Sie interessieren sich für Wahlergebnisse am Rande, denn egal wie die ausfallen, sie können nicht wirklich erfreulich sein. Die bestehenden Verhältnisse werden fast ausnahmslos kritisiert. Viele von ihnen sind von Berufs wegen unzufrieden, sehr vieles um sie herum passt ihnen nicht.

Enttäuschte: Das sind frühere Wähler, die irgendwann enttäuscht wurden und sich deshalb zurückgezogen haben. Sie sehen keine Chance mehr, dass ihre einstigen Anliegen irgendwann doch politisch aufgegriffen werden. Sie haben mit dem System „Wahlen“ abgeschlossen. Jedes Wahlergebnis, einerlei wie es ausfällt, nährt ihre Enttäuschung.

Mißbrauchte Querdenker

Von Jo Specht

Das Zentrum der Corona-Andersdenkenden ist Stuttgart. Warum das so ist, gilt als unklar. Wird den Schwaben doch Minimalismus in allen Bereichen unterstellt. Übersetzt: Sie sparen bis ins Kleinste hinein, auch beim Umgang mit Energie - mit körperlicher Energie, die bei der Teilnahme an einer Querdenker-Veranstaltung aufgebracht werden muss.

Vielleicht hängt es mit der Wirtschaftskraft in der Schwabenmetropole zusammen. Bei Daimler, Porsche & Co. wird gut verdient, die Geschäfte brummen, auch wegen China. Die Beschäftigten wollen in ihrer Freizeit leben, einkaufen, sich etwas leisten, feiern, was die Corona-Maßnahmen verhindern. Das sorgt für Unmut. Zumal alles schon über ein Jahr dauert. Das begünstigt den Spruch: „Man lebt nur einmal, was soll der ganze Zirkus.“ Irgendwie verständlich, doch die ganze Wahrheit ist das nicht.

Die echten oder vermeintlichen Querdenker sind inzwischen breit und bundesweit aufgestellt. Dank der tatkräftigen Unterstützung von Rechtspopulisten, Rechtsradikalen, Reichsbürgern, Verschwörungstheoretikern, Impfgegnern, Untergangsbefürwortern. Und mit der AfD kommt eine Partei dazu, die nicht gerade für Mäßigung und Entspannung aus der gesellschaftlichen Mitte heraus bekannt ist. Immer deutlicher wird, dass die Querdenker-Kundgebungen für extreme, politische Auftritte missbraucht werden. Inzwischen ist es nicht mehr möglich, zwischen Corona-Müden oder Kritikern der Corona-Maßnahmen und den demokratiefeindlichen Radikalen zu unterscheiden.

Um die Querdenker-Organisation braucht man sich nicht zu ängstigen, nach Corona werden sie neue Themen finden. Irgendetwas total abzulehnen, ohne sich um einen Kompromiss zu bemühen, das geht immer.

Alles scheint sich in einem Topf zu befinden, was die Extremen freut. Behaupten sie doch, wenn sie auf sogenannte Normalos, auf ihre bürgerlichen „Aushängeschilder“ bei den Demonstrationen verweisen, den wirklichen Willen des Volkes zu vertreten. Nachdenklich stimmt da, dass in repräsentativen Umfragen deutlich über 50 Prozent der Bevölkerung mit den Corona-Schutzauflagen einverstanden ist. Diese Mehrheit glaubt auch daran, dass Impfungen und Tests es in naher Zeit ermöglichen, die Herdenimmunität zu erreichen und damit wieder ein normales Leben leben zu können. Die Devise heißt demnach: „Durchhalten, das Ende ist in Sicht.“

Wer dann aber meint, dass nach Corona alles wieder ruhig verläuft, irrt. Die Querdenker mit ihren verqueren Theorien werden weiterhin aktiv sein. Dafür spricht deren Fähigkeit, hat sich ein Thema erledigt, ein anderes zu finden. Vielleicht werden es, nach einer AfD-Empfehlung, die Flüchtlinge sein. Die trotz ausgestandener Kriegsqualen keine seien, sondern nur „Maden, die sich im deutschen Speck wohlfühlen wollen“. Klar ist doch, zuerst kommt die Verteidigung des Specks, dann vielleicht so etwas wie Menschlichkeit. „Helfen“ und „Teilen“ und „Anteil nehmen“ sind Fremdwörter für sie.

Unterm Strich heißt das: Die Querdenker werden nach Corona nicht verschwinden, sie dürften sich lediglich zahlenmäßig verringern. Zu gut läuft die Organisation, zu schön ist die Finanzierung über Spenden, die steuerlich einem Freifahrtschein gleichkommen und keine Kontrolle hinsichtlich der Verwendung vorschreiben. Zu viele Themen, besonders rechtspolitische, gibt es, auf die Menschen anspringen könnten.

Da fällt mir eine wichtige Korrektur ein, die ich aus Gewissensgründen nicht mehr für mich behalten kann. Nicht Bill Gates will die Menschheit kontrollieren und weiter versklaven. Das will Elon Musk machen. Von einem anderen Stern aus. Deshalb hat er sein Raumfahrtunternehmen gegründet. Der Name des Sterns ist höchste Geheimsache.

Thomas Seitz und sein Demokratie-Verständnis

Von Gerd Zimmermann

Ist der AfD-Bundestagsabgeordnete und frühere Staatsanwalt Thomas Seitz, der jetzt wieder vor Gericht verloren hat, unverbesserlich oder ein Überzeugungstäter? Mit seinem Anliegen, aus dem Staatsdienst nicht entfernt zu werden, unterlag er vor dem Stuttgarter Dienstgericht für Richter. Bestätigt wurde, dass er als Bundestagskandidat für die AfD seine beamtengemäße Pflicht zur Verfassungstreue verletzt habe. Dies vor allem mit Aussagen, der Staat sei ein „Unterdrückungsinstrument“.

Dazu kommen Werbeauftritte, in denen Seitz mit dem Status, ein Staatsdiener zu sein, also ein Vertreter der Strafjustiz, glaubhaft und überzeugend wirken wollte. Weiter die Bezeichnung, Flüchtlinge seien „Invasoren“. Das Land reagierte, ein Disziplinarverfahren wurde eingeleitet. Laut dem AfD-Politiker ging es von Anfang an darum: Er habe als Staatsdiener mit seiner Kritik an Medien und Justiz erlaubte Grenzen angeblich überschritten, als Beamter habe er so gut wie keine Meinungsfreiheit, kritische Juristen sollen aus dem Staatsdienst entfernt werden. In der Folge sei durch Berufsverbot die gesellschaftliche und wirtschaftliche Vernichtung vorgesehen. Thomas Seitz, das Opfer eines gnadenlosen deutschen Staatsapparats im Umgang mit Kritikern?

Was meint der AfD-Abgeordnete Thomas Seitz mit, der Staat sei ein „Unterdrückungsinstrument“. Gehört die Polizei, welche die Auftritte der AfD sichert, damit alles friedlich verläuft, dazu?

Nein, innerhalb bestehender Gesetze ist Kritik erwünscht, davon lebt dieser Staat. Doch dabei sind Spielregeln zu beachten, die für alle gelten. Gegen diese hat er, der dem völkisch-nationalistischen Flügel der AfD zuzurechnen ist, verstoßen. Gegen diese verstößt in weiten Teilen auch seine Partei. Deshalb will der Verfassungsschutz sie beobachten.

Warum hält Seitz sich nicht an die geltenden demokratischen Spielregeln? Darüber kann nur gemutmaßt werden. Ist es Altersstarrsinn? Unwahrscheinlich, er ist erst 53 Jahre alt. Ist er unverbesserlich oder gar ein Überzeugungstäter? Unverbesserlich kann man übersetzen mit „nicht bereit sein, sich zu verändern; sich nicht vom Besseren überzeugen zu lassen“. Das scheint zuzutreffen. Doch ein Unverbesserlicher ist noch lange kein Überzeugungstäter. Dieser ist aktiv. Er ist bereit, mindestens eine Tat aufgrund seiner Überzeugung zu begehen. Diese Tat kann eine Straftat sein.

Nun, aktiv ist Seitz. Mit seinen Taten hat er gegen Bestehendes verstoßen. Dies auch ziemlich populistisch bekanntgegeben.

Nächste Frage: Ist das intelligent?
Das kann mit „Nein“ beantwortet werden. Ganz demokratiekonform und gesellschaftsgerecht hätte er innerhalb der bestehenden Gesetze oder Spielregeln handeln können. Immerhin hatte er sich einst als Staatsanwalt diesen, deren Einhaltung, verschrieben. Hatte als juristischer Staatsdiener darauf geachtet, dass sie eingehalten werden.
Naja, das Kapitel ist noch nicht zu Ende. Auch weil der Verfassungsschutz gegen die AfD aktiv werden will. Dabei wohl beabsichtigt, sich den völkisch-nationalistischen Flügel der Partei besonders genau anzuschauen.

Aus dem Fall Thomas Seitz kann das Fazit gezogen werden: Unsere Demokratie ermöglicht im Einklang mit bestehenden Spielregeln und Gesetzen weitreichende Kritik, die zu Verbesserungen beitragen. Ansichten jedoch, die unsere Demokratie infrage stellen und unterlaufen, sind abzulehnen.

STOPPT DIE AFD
AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS.DE

Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Der Kreisvorstand der Arbeitsgemeinschaft AG 60 plus tagte. Bundestagskandidat Matthias Katsch stellte sich vor.

Christoph Unterhaslberger, Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft AG 60 plus und Vorsitzender des Ortsvereins Renchen begrüßte zur Video-Schalte des Kreisvorstands der AG 60 plus den Bundestagskandidaten Matthias Katsch und den stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden Helmut Lind, der zuverlässig die Zoom-Zugangsdaten zur Verfügung gestellt hatte. So war es den Mitgliedern des AG-60-plus-Kreisvorstandes möglich, direkten Kontakt mit dem im Dezember als Kandidaten für den Bundestagswahlkreis Offenburg nominierten Matthias Katsch zu bekommen.

Unterhaslberger gratulierte Matthias Katsch zum Bundesverdienstkreuz. Er hatte es für seine jahrelangen Verdienste zur Aufklärung von sexueller Gewalt und Missbrauch an Kindern und Jugendlichen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 8. April im Schloss Bellevue in Berlin erhalten.

Helmut Lind erläuterte aus seiner Sicht die Ergebnisse der Landtagswahl vom 14. März. Er zeigte sich mit dem Ergebnis für die SPD nicht zufrieden. Bei den drei Kandidaten Frank Meier, Andrea Ahlemeyer-Stubbe und Karl-Rainer Kopf bedankte er sich für deren unermüdlichen Einsatz. Er stellte fest, dass auch die vielen Online-Sitzungen der Kandidaten aufmerksam verfolgt worden waren. Lind verband damit die Hoffnung, dass man im anstehenden Bundestagswahlkampf bald wieder den Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße begegnen könne.

Matthias Katsch nahm die Gelegenheit wahr, sich den Mitgliedern des Kreisvorstandes vorzustellen. Er erläuterte seine politischen Schwerpunkte, die eine Reihe aktueller lokaler Themen einschließen: Die in der Öffentlichkeit heftig diskutierte Daseinsfürsorge oder das Gesundheits- und Pflegesystem sowie die Planungen um die Ortenauklinik. Er wies darauf hin, dass Ende Juni 2021 auch die Fragen um Sicherheit und Frieden in der Welt und um internationale Zusammenarbeit diskutiert werden. Themen, so Matthias Katsch, die gerade in unmittelbarer Nachbarschaft zum EU-Parlament eine existenzielle Rolle spielen. "Wir hier im Eurodistrict Strasbourg-Ortenau leben Partnerschaft und internationale Freundschaft vor", sagte Matthias Katsch.
Wichtig sei ihm auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, und er verwies auf seine Gesprächsreihe bei "SAMSTAGS UM 1" mit wechselnden Gesprächspartnern und Themen.
Christoph Unterhalsberger kündigte an, dass der AG-60-plus-Bundesvorsitzende und Abgeordnete Lothar Binding für die AG 60 plus eine Bus-Tour durch das Land vorbereitet und dabei auch in der Ortenau unterwegs sein wird.
Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, auch mit dem VDK, wurden angesprochen.

Das Treffen der Kreisvorstandsmitglieder zeigte eine starke Verbundenheit mit dem Kandidaten Matthias Katsch.

Die nächste Online-Konferenz der AG 60 plus ist im Mai. Es wurde vereinbart, sich möglichst bald mit den Jusos und der ASF zu treffen.

SPD

AG 60 plus

Zukunftsmission: Klimaneutrales Deutschland

Ein Gastbeitrag von Dr. Nina Scheer, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bekämpfung des Klimawandels ist die Herausforderung unserer Zeit, bietet aber auch Chancen! Tatsache ist: Der Klimawandel wurde von uns Menschen verursacht; er kann und muss auch von uns Menschen gestoppt werden. Andernfalls wird er angesichts von Ernteausfällen, Überschwemmungen, ansteigendem Meeresspiegel, extremen Wetterereignissen und dem Verlust von Artenvielfalt zur Armutsfalle des 21. Jahrhunderts. Bereits heute gibt es schon über 25 Millionen Klimaflüchtlinge; bis 2050 könnten es bis zu 140 Millionen werden. Es drohen weitere Kriege um die Verteilung schwindender Ressourcen. Der Klimawandel bedroht verstärkt unsere Lebensgrundlagen. Die Ärmeren sind die zuerst und am stärksten Betroffenen. Deswegen ist die Energiewende eine Gerechtigkeitsfrage und friedenspolitische Aufgabe.

Dr. Nina Scheer, MdB

Die Abhängigkeit von endlichen Energieressourcen bedeutet absehbar steigende Energiearmut, wenn sich die Verknappung in den Energiepreisen abbildet. Lieferengpässe von Treibstoffen aufgrund niedriger Flusspegelstände, wie sie in trockenen Sommermonaten auch schon in Deutschland zu Preisschwankungen führten, sind Warnsignale.

Wir müssen die weltweite fossil-atomare Ressourcen-Abhängigkeit – einem zentralen und wachsenden Konfliktherd der Menschheitsgeschichte – überwinden! Der sozial-ökologische Aufbruch muss für uns wegweisende Zukunftsmission sein.

Neue und unnötige Importabhängigkeiten sollten wir deshalb vermeiden, auch in dem Bewusstsein, dass heutige Kriege und Krisen in ihren Anfängen häufig Kämpfe um fossile Ressourcen sind und waren. Unser weitergehendes Ziel als Sozialdemokrat*innen muss es sein, bereits bis 2040 vollständig klimaneutral zu werden.

Der beschleunigte Ausbau Erneuerbarer Energien ist Bedingung für Energiewende, Klimaschutz und Klimaneutralität. Anders als Fossile- und Atomenergie hinterlassen Erneuerbare Energien für die nachfolgenden Generationen weder Klimafolgeschäden, Restrisiken noch milliardenschwere Endlagerkosten. Windenergie und Solarenergie sind die Säulen der Energiewende. Angepasst auf die regionalen Gegebenheiten geben Wind, Sonne, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse in Kombination mit Speichern und Netzinfrastruktur weltweit verfügbare, bezahlbare und dauerhafte Energiesicherheit.

Die zu beschleunigende Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende ist der zentrale Schlüssel des Klimaschutzes, für den Erhalt von Lebensgrundlagen, für Gesundheitsvorsorge sowie als Garant für Arbeit mit Zukunft und damit auch den Industriestandort. Hierfür muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich schneller als in den letzten Jahren vorankommen. Erneuerbare Energien garantieren bezahlbare Energie für alle und überall. Die Energiewende ist Chance und Zeichen des Aufbruchs. Erneuerbare Energien wurden über die letzten Jahre vielfach blockiert – auch durch Begrenzungen von Ausbaumengen. Diese und weitere Hemmnisse sowie administrative Hürden gilt es zu beseitigen, um nicht zuletzt den Weg in eine gute, lebenswerte und klimaneutrale Zukunft zu bereiten.

Insbesondere der Windenergieausbau ist in Deutschland in den letzten Jahren aufgrund regulatorischer Fehlstellungen massiv eingebrochen – auf Kosten von Akteursvielfalt und zehntausender Arbeitsplätze.

Bayerische Sonderwege wie die „10 H-Regel“, wonach Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung das Zehnfache der Höhe einer Anlage betragen, kommen einem staatlichen Boykott, der auch unter Beteiligung von Bayern eingegangenen Klimaschutzverpflichtung, gleich. Spätestens im Lichte der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes muss diese Regelung aufgehoben werden.

Unter www.energiewende-appell.de könnt ihr den von mir 2018 initiierten Sozialdemokratischen Energiewende-Appell unterstützen und über den hiesigen Austausch an der politischen Beschleunigung der Energiewende mitwirken.

Herzliche Grüße

Eure

Nina Scheer

Photovoltaikanlage auf einem Baggersee bei Achern.

Peter Griebl: Pionier der Energiewende

Die Fragen stellte Dr. Jutta Hagedorn

Peter Griebl

Peter Griebl, Jahrgang 1946 und seit 40 Jahren SPD-Mitglied, beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit erneuerbaren Energien und dem Klimaschutz. Unter anderem hat er 1994 bereits drei Windräder auf der Hornisgrinde aufgestellt sowie Photovoltaikanlagen. Griebl war Vorsitzender der Windkraftverbände Baden-Württemberg, hat 1994 auch den Verein REM gegründet, dessen Vorsitzender er acht Jahre lang war, und nicht zuletzt war er aktiv in der Tschernobylhilfe. In Kiewer Krankenhäusern hat er sich besonders für die Pflege von Kindern eingesetzt, hat Lebensmittel, Geräte und Medikamente gekauft und nach Kiew geschickt. Für diesen Einsatz wurde Peter Griebl mit dem Tschernobylkreuz des ukrainischen Staates ausgezeichnet. „Es war wichtig, mit eigenen Augen zu sehen, was Atomkraft anrichtet", sagt Griebl im Gespräch mit dem Roten Ortenauer.

Sie haben drei Windräder auf der Hornisgrinde errichtet sowie sich für den Einsatz von Photovoltaikanlagen eingesetzt. Das war sicher nicht einfach.
Griebl: Das war schon vor 25, 30 Jahren so, dass sich die SPD da engagiert hat. Mit Harald B. Schäfer und Hermann Scheer. Man hat mich auch immer um Rat gefragt, wenn es Probleme gab. Harald B. Schäfer hat uns damals als Umweltminister sehr unterstützt.

Drei Windräder sind nicht gerade viel, wenn man eine Energiewende möchte.
Griebl: Ich hatte einen Windpark geplant, doch ich war dann sehr enttäuscht über die vielen Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren. Damals war ich allerdings froh, dass überhaupt jemand was machte. Sie geben Strom für 6000 Menschen in drei Gemeinden.

Wie sind Sie überhaupt auf die Idee gekommen?
Griebl: Ich hatte viel in Afrika zu tun, habe in Ägypten den Weinbau modernisiert und damals in Kairo die Luftverschmutzung miterlebt, wie das Leitungswasser als braune Brühe aus den Rohren kam. Als dann bei uns das Thema Luftverschmutzung aktuell wurde, war ich mir sicher, da müssen wir was tun. Deshalb habe ich mich für erneuerbare Energien und Klimaschutz stark gemacht.

Sie machen das aber nicht allein?
Griebl: Ich habe meine Söhne gleich mit einbezogen, damit sie lernen.

Und so kam es dann zu den Photovoltaikanlagen und den Windmühlen auf der Hornisgrinde?
Griebl: Die Genehmigung kam nach zwei Jahren. Das lief ganz erfreulich, und der Standort entpuppte sich als besser als gedacht. Der Wind kommt von allen Seiten. Jeder Meter mehr an Windgeschwindigkeit bedeutet gleich eine Verdoppelung des Stromertrags. Deshalb ist es wichtig, dass die Mühlen freistehen. Wir haben dort oben eine Situation ähnlich wie auf Helgoland.

Sie haben gesagt, Sie wünschten sich mehr Unterstützung durch die SPD, was meinten Sie damit?
Griebl: Von der SPD und der Politik erwarten wir tatkräftige Unterstützung, dass man zeigt, man steht dahinter. Gerade jetzt, wo die Frage des Klimawandels immer drängender wird. Billigeren Storm als Windstrom gib es gar nicht.
Matthias Griebl: Die ersten drei Windräder waren maßgeblich, denn da hatten wir die Unterstützung von Harald B. Schäfer. Sonst wäre das nicht zustande gekommen. Die Hornisgrinde ist ein idealer Standort, aber auch sensibel. Deswegen spielt die Politik eine wichtige Rolle. Neben den sachlichen Aspekten.

Als die wären?
Griebl: Die Erschließungsstraßen.

Die SPD ist aber nicht in der Landesregierung, ihre Möglichkeiten sind begrenzt.
Griebl: Die Abgeordneten könnten aber die grüne Landesregierung darauf hinweisen, dass deren hehre Ziele auch eingehalten werden. Damals haben wir zehn Prozent des Stroms aus Windkraft gewonnen. Ich wünsche mir, dass statt der Luftschlösser mal was umgesetzt wird, dass was passiert und nicht nur geredet wird.

Der Naturschutz spielt ja eine große Rolle bei diesen Genehmigungsverfahren. Aber wird da nicht auch viel übertrieben und ideologisiert?
Griebl: Der Schutz des Auerhahns, der Artenschutz, ist wichtig, das stellen wir nicht infrage. Durch Ausgleichsmaßnahmen haben sich die Bestände verbessert. Trotzdem wird argumentiert, dass ein zweites Rad eine Bedrohung darstellen könnte. Wo ist die Verhältnismäßigkeit, wo sind die Ziele?

Was ärgert Sie den am meisten?
Griebl: Die Landesregierung muss sich fragen lassen, warum sie den windgünstigsten Standort links liegenlässt. Ich korrespondiere mit den Behörden, muss aber ein Jahr auf eine Stellungnahme warten. Wenn man die Schlagzeilen liest, sei der Hauptgrund für Kretschmann, noch mal anzutreten, weil es auf die nächsten zehn Jahre ankommt.
Matthias Griebl: Wenn eine Stellungnahme acht Monate braucht, dann müssen wir nicht mehr darüber nachdenken, was wir in zehn Jahren erreichen können, was den Klimawandel stoppen könnte.

Peter Griebl: Pionier der Energiewende

Es ist ja einiges schief gelaufen über die Jahre. Warum sieht man bei uns im Süden nicht mehr Photovoltaikanlagen, gerade bei neuen Bauvorhaben?
Griebl: Chinesen sind Weltmeister in Solar und Windkraft, bauen mehr in einem Jahr als Deutschland in zehn Jahren. Deutschland war Marktführer, Goldwind in China war ein Joint Venture der Uni Saarbrücken. Die Lizenzen hat China übernommen, die deutsche Wirtschaftspolitik zieht nicht mit. Einerseits wird gefördert, die Entwicklung wird bezahlt, dann kommt eine Vollbremsung und andere profitieren. Man hat die eigene Industrie, tausende von Arbeitsplätzen kaputt gemacht in der regenerativen Energie und Geld verschwendet.

Aber Kohle wird diskutiert.
Griebl: Ja, nur ist das keine Industrie für die Zukunft. Das ist Fatal für die Wirtschaft, für die zukünftige Wirtschaft in Deutschland und den Umweltschutz.

Was ist für Sie vernünftige, nachhaltige Energie-/Klimapolitik? Was gehört dazu? Und wer gehört dazu?
Griebl: Wir brauchen keine großen Leitungen von der Nordsee, wenn man Standorte hat vor Ort. Und dann sollte man die auch nutzen. Unsere Windmühle steht seit 30 Jahren und kann sehr schnell wieder abgebaut werden. Atommeiler kann man nicht so schnell beseitigen, und wenn damit ein Unglück passiert, sind Menschen betroffen.

Das Windrad auf der Hornisgrinde bei Achern ist noch solo.

Haben wir keine kreativen Ingenieure und Techniker mehr, die Lust auf Entwicklungen haben?
Griebl: Die Uni in Saarbrücken hat keine Möglichkeit, aus der Uni heraus ein mittelständisches Unternehmen zu führen. Und von der Regierung kommt keine Unterstützung. In China geht das – weil der Wille da war.

Wie sieht für Sie die Situation jetzt aus?
Griebl: Ich habe selbst vor über 20 Jahren investiert und größere Anlagen gebaut. Aber mir wurde vom Staat ein Festpreis garantiert für 20 Jahre, jetzt bekomme ich kein Geld mehr oder nur wenig – was den Betrieb nicht finanziert. Die Anlagen werden abgebaut, statt dass man sich etwas Einfall lässt, um einigermaßen guten Strompreis zu bezahlen. Vor 20 Jahren habe ich 50 Cent bekommen jetzt sind es zwei bis drei. Selbst müssen Sie aber 30 oder 40 Cent bezahlen.

Machen Sie denn weiter?
Griebl: Wir haben beim Landratsamt für die Erweiterung Anträge gestellt. Allerdings sind wir noch nicht im offiziellen Genehmigungsverfahren.
Wie sieht so ein Genehmigungsverfahren denn aus?
Griebl: Die Behörden und Antragsteller müssen sich abstimmen, Gutachten mitbringen, Artenschutzuntersuchung. Das dauert ein- eineinhalb Jahre und muss vor der Prüfung durch die Naturschutzbehörden geklärt sein. Die Forstwirtschaftliche Versuchsanstalt in Freiburg ist involviert, die hat eine sehr restriktive Einstellung. Die Beamten dort versuchen so viele Flächen wie möglich zu schützen. Da führen wir ganz schwierige Diskussionen: Wo sind Brutgebiete, wie viel Quadratmeter müssen die Räder abstandhalten ...? Diese Diskussionen sind sehr müßig.
Matthias Griebl: Da wird ein rein theoretischer Radius gezogen, aber wir sind nicht in der Lüneburger Heide, hier haben wir unebenes Gelände. Da geht es um die Frage, ob dem Auerhahn ein Dezibel mehr Lärm zumutbar ist oder nicht.

Aber der Schwarzwald ist kein Naturschutzpark, da sind Wanderer, Radfahrer…
Matthias Griebl: Ja. Tausende von Menschen, die querfeldein laufen. Das macht den Auerhühnern nichts aus? Kann ich mir nicht vorstellen. Vögel umfliegen die Mühlen, die Blätter drehen sich langsam. Ich habe noch nie einen toten Vogel dort gesehen. Es wird so getan, als wenn die Hornisgrinde die ungestörte Natur ist, dabei sieht es dort aus wie im Europapark. Forstwirtschaft, Tourismus und selbst die natürlichen Feinde sind ein größeres Problem für das Auerhuhn als die Windkraft. Sagen auch die Fachleute.

Aber?
Matthias Griebl: Wir sind beim Bau verpflichtet, ein Baufenster einzuhalten von Juni bis Oktober, wegen des Auerhuhns. Aber wenn der Förster im Sommer einen Baum fällt, ist das kein Problem.

Ist also doch wieder die Politik gefragt, wenn die Behörden so starr reagieren?
Griebl: Man kann schon was mit politischem Druck erreichen, wenn es fachlich ok ist. Man muss nur die Verhältnismäßigkeit beachten. Aber Behörden machen das selten. Und die Politik will keine Verantwortung übernehmen. Wenn das Klima einmal kaputt ist, hilft das auch dem Auerhahn nichts. Fünf Jahre Grün-Schwarz, da ist nichts passiert. Jetzt soll das fortgesetzt werden. Da besteht die Gefahr, dass das so weitergeht, dem Bürger was vorgespielt wird, aber nichts passiert. Letztendlich sind die Kommunen gefragt, die Bereitschaft, Strom abzukaufen, ist von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Zwischen sechs und acht Cent sollten es schon sein, denn man hat ja auch Kosten.

Neue Windräder im dunklen Wald

Cartoons von Jo Specht

Entnommen aus: „Neue Windräder im dunklen Wald - Wie Windräder allgemein heiß begehrt werden“, Jo Specht, mobilpress, eBook, 3,99 Euro, ISBN 9783967180954

„Quotenfrauen sind Pionierinnen“

Von Martine de Coeyer

Für Bundesfamilienministerin Franziska Giffey leiten „Quotenfrauen“ das notwendige Umdenken in der Gesellschaft ein.

Ein Thema, das Frauen und Männer gleichermaßen angeht und mit etlichen Vorurteilen, Halbwahrheiten und Falschinformationen behaftet ist, lautet „Gleichstellung“. Eng verbunden mit dem Begriff „Quotenfrau“, der auch von denen abgelehnt wird, die für ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis sind. Das erscheint unlogisch.

Für die Fachzeitschrift „Personalwirtschaft“ ist der Widerspruch klar. Der Begriff „Quotenfrau“ ist negativ besetzt, denn jede Frau könnte eine gesetzlich vorgeschriebene Quotenfrau sein, auch die am wenigsten geeignete. Dazu kommt, dass durch Qualifikation und Fähigkeit ausgewiesene Männer wegen der Statistik hochgehievte Frauen akzeptieren müssen. Das bedeutet, Unmut, Gegenwind und Ablehnung seitens der Männer und der Frauen, die nicht zum Zug kamen, sind vorprogrammiert. Dem Fachblatt entsprechend möchte aus diesen Gründen keine Frau eine „Quotenfrau“ sein: Können soll die Karriere bestimmen, nicht die Statistik.

Beim Anerkennen von Können gelte es, bei Frauen kein Minus durch Familie und Kinder sowie bei Männern kein Plus aufgrund einer sogenannten Familienunabhängigkeit anzurechnen. Gleichberechtigung im Berufsleben hieße: Beide Geschlechter sind auf Augenhöhe durch gleiche Ausbildungschancen und Aufstiegschancen, Familienphasen mit eingerechnet. Das meint auch SPD-Bundesfamilienministerin Franziska Giffey. Darüber hinaus hält sie ein gesellschaftliches Umdenken, vor allem in der Männerwelt, für notwendig. Dabei seien bestehende Strukturen aufzubrechen, was in der Wirtschaft auf Freiwilligenbasis bisher nicht wirklich klappte. Unverändert sind die Führungsetagen hauptsächlich männlich ausgerichtet.

Um das zu ändern, muss eine gesetzliche Regelung her, so Giffey, und mit ihr die gesamte SPD. Zu lange wurde auf Freiwilligkeit gesetzt. Seit 25 Jahren fordert das Grundgesetz in Artikel 3 die Gleichstellung von Frauen und Männern, ohne echten Praxiseinschlag. Deshalb wurde auf SPD-Betreiben ein entsprechender Passus im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD reingeschrieben. Zudem gründeten die Sozialdemokraten das Projekt „Gleichstellung“. Doch in der GroKo, mit der CDU/CSU als Gegenpart, ging alles nur sehr schleppend, wenn überhaupt, voran.

Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Dank des unermüdlichen Engagement der SPD-Bundesfamilienministerin. Sie sorgte dafür, dass das Thema nie in der Versenkung verschwand, sie hielt stets nach Mitstreitern Ausschau, auch unter den „Schwarzen“, mit Erfolg. Zusammen mit SPD-Parteigrößen, darunter Olaf Scholz, Christine Lamprecht und Hubertus Heil, mit Frauenverbänden und Gewerkschaften, kam im vergangenen April schließlich der Durchbruch. Mit der CDU/CSU konnten neun Verbesserungsvorschläge zur Gleichberechtigung in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik sowie eine Frauenquote in Vorständen vereinbart werden. „Wir machen Schluss damit, dass die eine Hälfte der Bevölkerung in den Vorstandsetagen großer Unternehmen nicht repräsentiert ist“, sagte Olaf Scholz nach der Vereinbarung.

Künftig muss in Unternehmensvorständen mindestens eine Frau vertreten sein, wenn der jeweilige Vorstand aus mehr als drei Personen besteht. Zudem muss der Frauenanteil in Aufsichtsräten vergrößert werden. Passiert in den Unternehmen nichts, folgen tatsächlich Bußgelder. In Unternehmen, an denen der Bund eine Mehrheitsbeteiligung hält, gilt ebenso: Bei einem Vorstand aus mehr als zwei Personen ist mindestens eine Frau zu berücksichtigen. Für den Aufsichtsrat ist eine feste Mindestquote von 30 Prozent vorgeschrieben. In Körperschaften des öffentlichen Rechts, Bereich Sozialversicherungen (Gesetzliche Krankenkassen, Arbeitsagentur), muss mindestens eine Frau im Vorstand vertreten sein. Im Öffentlichen Dienst des Bundes ist bis 2025 eine Frauenquote von 50 Prozent in Führungspositionen vorgesehen.

Laut Bundesfamilienministerin Franziska Giffey war es nicht leicht, in der schwarz-roten Koalition überhaupt eine Einigung zu finden. Die getroffenen Vereinbarungen bewertet sie, wie Olaf Scholz, Christine Lamprecht und Hubertus Heil, als einen riesengroßen SPD-Erfolg auf dem Weg der Gleichberechtigung. Sie ist optimistisch, dass die Gleichstellung in allen Lebensbereichen erreicht werden kann. Auch weil die SPD hier keine Ruhe gibt.

Gleichberechtigung in Deutschland

Die tatsächliche bundesweite Gleichstellung gibt es nicht. Frauen tragen nach wie vor größere Risiken im Erwerbsleben als Männer. Sie verdienen im Durchschnitt weniger Geld. Das gilt auch für den Geschlechterabgleich hinsichtlich gleicher und gleichwertiger Tätigkeit. Trotz guter Ausbildung haben Frauen nur selten eine reale Chance auf eine Führungsposition. Aufgrund des traditionellen Denkens, Familie ist vornehmlich Frauensache, sind beim Bemühen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, zu hohe Hürden zu überwinden. Dies führt dazu, dass sich viele Frauen ungewollt für eine geringfügige Beschäftigung entscheiden. Dies fördert die Altersarmut. Beispiel: Eine Lohndifferenz von 20 Prozent zwischen Frauen und Männern führt zu einer Rentenlücke von über 50 Prozent.

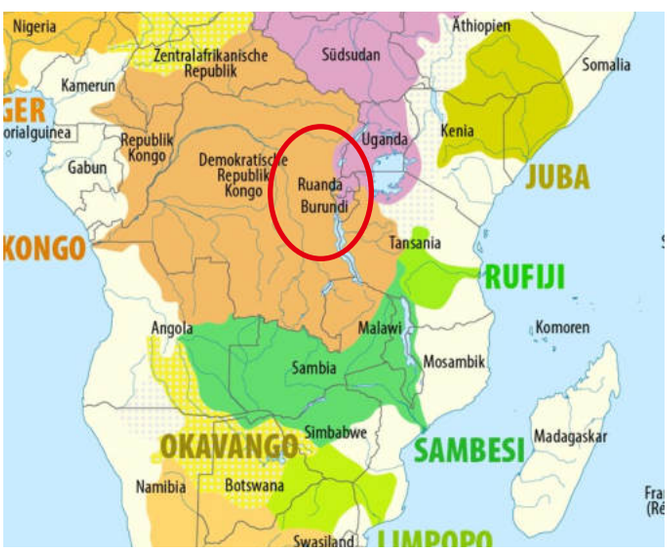
Das Forum Eine Welt der SPD Baden-Württemberg

Ein Beitrag von Rudolf Winkler

In der SPD gibt es neben den regulären ortsbezogenen Gliederungen (vom Ortsverein bis zur Bundespartei) sogenannte Arbeitsgemeinschaften für bestimmte Personengruppen (z. B. Frauen, Arbeitnehmer …) und Foren für bestimmte Themenbereiche.

Die entwicklungspolitische Diskussion im SPD-Landesverband Baden-Württemberg findet seit vielen Jahren im Forum Eine Welt (FEW) statt. Das Forum Eine Welt widmet sich vor allem den Anliegen einer globalen Zusammenarbeit.

Das Forum Eine Welt hat bisher mindestens einmal im Monat in Stuttgart getagt. Dort treffen sich immer etwa 10 bis 15 Parteimitglieder, die an Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik und an der Entwicklungspolitik interessiert sind. Das FEW unterhält auch Kontakte zur Evangelischen Landeskirche Baden und zu kommunalen Einrichtungen, wie z. B. der Stadt Mannheim. Die Problematik der Rüstungsexporte und der Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele wird dort erörtert.



Schwerpunkt der Entwicklungspolitik war in den letzten Jahren Afrika und hier wiederum der Staat Burundi. Es geht dem FEW um eine gleichberechtigte Kooperation mit Partnern in Afrika. Die Zusammenarbeit soll langfristige, dauerhafte Verbesserungen der Lebenssituation in allen wesentlichen Lebensbereichen schaffen und sichern. Afrika soll nicht mehr den einseitigen Wirtschaftsinteressen europäischer Unternehmen und der Willkür des angeblich freien Marktes ausgeliefert bleiben. Dazu bedarf es innovativer Ansätze.

Desweiteren widmet sich das FEW der sicherheitspolitischen Thematik. Hier geht es darum, aus den Zwängen der gegenseitigen nuklearen Abschreckung auszubrechen und stabile Vertrauensverhältnisse auf internationaler Ebene zu schaffen. Der Verzicht auf Anschaffung von militärischen Gewaltmitteln, der gesicherte Verzicht auf Drohung mit Nuklearwaffen und natürlich der Verzicht auf deren Einsatz sind übergeordnete Ziele unseres Bemühens.

Die friedenspolitische Diskussion führte Ende März zu einer Videokonferenz mit allen SPD-Bundestagskandidaten aus Südbaden. Und im April folgte eine Konferenz mit dem Arnold-Bergsträßer-Institut in Freiburg über das Gutachten „AFRIKA IM BLICK“. Dieses Gutachten bezieht sich auf die zukünftigen Beziehungen des Landes Baden-Württemberg zum Kontinent Afrika. Hierzu hat das FEW eine kritische Kommentierung und Weiterentwicklung ausgearbeitet und diese Arbeit der Landesregierung, sowie der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit zugesandt.

Obwohl die Landesregierung alle Interessierten zu einer breiten Diskussion aufgefordert hat, ist das FEW mit seiner Stellungnahme allein geblieben. Ein Gespräch hat zu unserem Bedauern bisher auch nicht stattgefunden.

Kontakte gibt es allerdings zum neu gewählten Landtag. Der Abgeordnete Nicolas Fink wird als entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion den Anliegen des FEW Gehör verschaffen. Schließlich halten wir auch Kontakt zum Bundesvorstand der SPD, zu Internationalen Abteilungen beim Bundesvorstand und zu den Bundesorganen des Forums Eine Welt.

Nicolas Fink
Wahlkreis 07 | Esslingen

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

1. Mai-Kundgebung in Offenburg

Aus den Ortsvereinen

Jochen Ficht wurde für 40 Jahre SPD-Mitgliedschaft von seiner Nachfolgerin im Vorstand der SPD Offenburg, Julia Letsche, geehrt. Er war lange Jahre Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion in Offenburg, gleichzeitig bis 2019 stellvertretender Vorsitzender der SPD Offenburg.

Dr. Christoph Jopen, langjähriges SPD-Mitglied und Bürgermeister in Offenburg, feierte seinen 70. Geburtstag. Es gratulierte ihm die stellv. Vorsitzende der SPD Offenburg, Birgit Seitz.

Leserbrief zum Thema „Gendern“

Zum Thema Gendersternchen* und der oft beklagten Doppelnennung wie Lehrerin und Lehrer, Ärztin und Arzt etc. erhielt ich vor kurzem höchst interessanten Nachhilfeunterricht. Ich war der Meinung - dem Gendersternchen* und/oder der Doppelnennung durchaus zugetan - dass man zum Beispiel „Der Gast“ nicht in die weibliche Form - also „Die Gästin - pressen kann. Doch siehe da, mir wurde erläutert:

"Wie aber sprechen wir von einem weiblichen Gast? Auch hier die übliche in-Form zu wählen und sich über eine Gästin zu freuen, wird von allerhöchster Sprachwahrerinstanz als korrekt bezeichnet. Im allgemeinen Sprachgebrauch aber irritiert diese Form. Dabei ist sie keineswegs weiblicher Sprachemanzipation geschuldet - ganz im Gegenteil: Gästin gehört zu den weiblichen Formen, die - wie auch die Engelin oder die Geistin - bereits im Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm aufgeführt und mit zahlreichen Belegstellen unterfüttert wurden. Auf dem Weg vom späten 19. ins 21. Jahrhundert war sie aus der Alltagssprache verschwunden: Umso erfreulicher, dass sie jetzt wiederentdeckt wurde und ihren Sprachplatz wiedererobert." Interessant, oder? Siehe auch: www.duden.de/rechtschreibung/Gaestin

Meine Frage, was Mister Duden zur weiblichen Form von Mitglied sagt, konnte mir allerdings nicht beantwortet werden.

Dorothea Hertenstein, SPD Lahr

Impressum

V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. Mai 2021
Redaktion „Der Rote Ortenauer“:
Martine de Coeyer, Dr. Jutta Hagedorn, Helmut Lind, Petra Mayer-Kletzin, Helga Pfahler und Gerd Zimmermann
E-Mail: **zeitschrift@spd-ortenau.de**
Internet: **www.spd-ortenau.de**
Facebook: **www.facebook.com/der-rote-ortenauer**
www.facebook.com/spdortenau

Copyright © 2021 SPD Ortenau

Bildnachweise

Seite 1:	Bundesfinanzministerium.de, Dr. Johannes Fechner, Derya Türk-Nachbaur, Matthias Katsch
Seite 3:	SPD.DE (Facebook)
Seite 4:	SPD.DE
Seite 5:	SPD BW
Seite 6:	Carlo Parisel
Seite 7:	Andrea Ahlemeyer-Stubbe
Seite 8:	Karl-Rainer Kopf, Andrea Ahlemeyer-Stubbe
Seite 9:	Jo Specht
Seite 10:	Jo Specht
Seite 11:	Jo Specht
Seite 12:	Helmut Lind
Seite 13:	Benno Kraehahn, Helmut Lind
Seite 14:	Matthias Griebl
Seite 15:	Matthias Griebl
Seite 16:	Jo Specht
Seite 18:	Creative Commens Namensnennung, SPD BW
Seite 19:	Richard Groß, Helga Pfahler
Seite 20:	Richard Groß